

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüngenrön, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüngenrön, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

N 217.

Sonntag, den 18. September

1910.

Die Warnung.

Die mit großer Spannung erwartete Wahl in Frankfurt a. O. hat nunmehr stattgefunden. Auch sie gehört zu denen, die nach der Reichsfinanzreform erfolgt und wiederum hat sich unter diesem Zeichen der Wahlkampf abgespielt, und ebenso ist mit der größten Erbitterung gekämpft worden. Der Wahlkreis war von je ein heißumstrittener und wenn er auch früher vorwiegend liberaler Besitz war, so ist er doch auch von den Sozialdemokraten zeitweilig erobert worden, denen er bei den letzten Wahlen nur mit den größten Anstrengungen abgenommen wurde. Bisher hielten sich die einzelnen Parteien im allgemeinen die Wage, bis schließlich die Sozialdemokratie den Vorsprung gewann und ein Sieg der bürgerlichen Parteien immer erst durch Stichwahl möglich war. Nach den Resultaten der Ersatzwahlen seit der Reichsfinanzreform mußte man daher mit um so größerem Interesse dem Verlaufe dieses Wahlganges entgegensehen. Der Ausgang hat aber nur einen erneuten Abfall des Bildes gebracht, welches sich uns seitdem bietet. Die Sozialdemokratie hat 2000 Stimmen gewonnen, ja, es fehlte nicht viel daran, daß sie gleich im ersten Wahlgange das Mandat zurückeroberte, andererseits sieht man mit Bedauern den Rückgang der bürgerlichen Stimmen als ein ödenklich-s Zeichen der Zeit, welches uns kündigt, wohin die Fahrt leicht gehen kann. Bei der Wahl von 1907 verfügten die bürgerlichen Parteien im ersten Wahlgange noch über 17 700 Stimmen, während diesmal diese Zahl auf 14 500 zurückgegangen ist, dagegen hat der Sozialdemokrat 2000 Stimmen gewonnen. Zum Teil mögen vielleicht auch bei dem Resultat örtliche Verhältnisse mitgesprochen haben, vor allem war der verstorbene Vertreter Detto im Wahlkreise ungemünzt bekannt, während der jetzige Kandidat der vereinigten Liberalen aus der Ferne kam und keinerlei Berührungspunkte zum Wahlkreise hatte. Freilich kann das den Stimmenrückgang nicht vollständig erklären. Auch die Konservativen haben Verluste zu verzeichnen, wenngleich man sagen mußte, daß die Herausstellung eines konservativen Arbeitersekretärs keine ungeschickte Taktik war, da man vielleicht für einen aus dem agrarischen Lager stammenden Konservativen noch weniger Stimmen erzielt hätte. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen und der Rückgang der bürgerlichen erklärt sich nicht in letzter Linie, wie schon des öfteren an dieser Stelle betont, durch den Umstand, daß in Zeiten hochgehender politischer Erregung die extremen Elemente die Szene abschöpfen, während die gemäßigtteren an die Wand gedrückt werden. Es gibt eben im Bürgertum Tausende und Abertausende, die glauben, ihrer Mißstimmung durch einen roten Stimmgelb Ausdruck geben zu müssen, oder sich doch zu mindestens der Stimmabgabe zu enthalten und dadurch selbstverständlich den Gegner der bürgerlichen Parteien indirekt fördern. So ist es auch in Frankfurt a. O. gewesen und es läßt sich heute noch keineswegs mit Sicherheit sagen, daß in der Stichwahl der bürgerliche Kandidat siegen wird. Den Sozialdemokraten fehlen nur ganz wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit und es würde daher erforderlich, die allergrößte Tätigkeit zu entfalten und alle bürgerlichen Wähler heranzuziehen, wenn man auf einen Sieg des liberalen Kandidaten rechnen will. Die Frankfurter Ersatzwahl hat erneut den Beweis geliefert, daß, wer Wind sät, Sturm erntet. Die Erregung im Volke hat ihren Grund darin, daß man der Regierung den Vorwurf macht, ihr Ohr allzusehr einseitigen Interessengruppen zu schenken und es müßte daher den leitenden Stellen am Herzen liegen, diesen Vorwurf durch entsprechende Taten zu entkräften. Andererseits aber sollte man sich doch auf Seiten der bürgerlichen Parteien endlich Mäßigung auferlegen und der überschäumenden Parteiagitatorien, wie sie jetzt gang und gäbe ist, Zügel anlegen, denn nicht sie haben davon den Vorteil, sondern die triumphierenden Gegner, die aus der gesteigerten Mißstimmung ernten, und unter solchen Umständen muß schließlich auch das Wohl des Staates leiden. Auch das Frankfurter Wahlergebnis beweist, daß baldige Umkehr von der eingeschlagenen Bahn dringend wünschenswert ist.

Ein Geständnis.

Wie auch die Sozialdemokraten innerlich über unsere Gesetzgebung denken, enthüllt ein Genosse G. A. Behmann in dem Organ der sozialdemokratischen Orthodoxie „Die Neue Zeit“, in der er sein Bernichtungs-

urteil über die badische Taktik in folgendes auch vom bürgerlichen Standpunkt beachtenswerte Bekenntnis zusammenfaßt: Der grundsätzliche Fehler der badischen Genossen liege darin, daß sie glaubten, sie dürften nicht gegen ein Gesetz stimmen, welches einigermaßen als ein Fortschritt angesehen werden könne. Denn dann käme man höchst selten einmal in die Lage, gegen ein Gesetz zu stimmen, weil die Entwicklung schließlich doch nicht rückwärts gehe und die Streitfrage, ob die Vorteile die Nachteile überwiegen, je nach dem Standpunkte, den man annehme, sehr verschieden beurteilt werden könne. Nach dem von der badischen Landtagsfraktion eingenommenen Standpunkte hätte z. B. die Sozialdemokratie im Reichstage glatt sowohl für das Gesetz über die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse als auch für das Vereinsgesetz stimmen müssen. Denn das erstere Gesetz habe überhaupt keine Nachteile gebracht, und das zweite nur für einige kleineren Bundesstaaten Verschlechterungen, die aber nach Ansicht der Freisinnigen durch die Vorteile, welche namentlich Preußen und Bayern hatten, doppelt aufgewogen worden seien. Also spricht sich „Genosse“ G. A. Behmann aus, der damit in dankenswerter Weise die sozialdemokratische Lage aus dem Saß läßt, indem er bekundet, daß die parlamentarische Haltung der Sozialdemokratie überhaupt nicht von tatsächlichen Erwägungen, sondern nur von agitatorischen Bedürfnissen, von der Spekulation auf die menschliche Triebfeder der Unzufriedenheit und von der Oppositionsmacherei um jeden Preis eingegeben sein dürfe. Solche Neuperfungen, wie obige Behmanns, gestatten einen tiefen Blick in die sozialdemokratische Parteimachinerie, die mit hohlen und eitlem Vorpiegelungen vor allem von einer Befestigung aller Ständes- und Klassenrechte gegen die eigene bessere Ueberzeugung die Massen zu tödern sucht. Innerlich mag man mit der Richtung unserer Gesetzgebung ganz zufrieden sein, aber das Geschäft erlaubt's nicht, mitzumachen, weil man rechnet, daß nur der Glaube an das Phantom, nicht die ehrliche parlamentarische Arbeit die Massen an die Fahne der Sozialdemokratie fesselt. Deshalb diese sozialdemokratische Scheu vor der Zufriedenheit, die nicht in wirklichen Zuständen, sondern in der subjektiven Veranlagung, in der schiefen Willensrichtung dieser Partei selber ihre tiefsten und innersten Wurzeln hat. Innerlich aber glaubt man gar nicht an das Schlagwort von der Reaktion.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten von Mexiko. Die „N. A. Z.“ berichtet: Der Kaiser richtete an den Präsidenten von Mexiko ein Telegramm, worin er ihm und der mexikanischen Nation zur Jahrhundertfeier der Unabhängigkeit des Freistaats seine und des deutschen Volkes wärmste Glückwünsche ausdrückt. Das im Namen des Kaisers aufgestellte Denkmal Alexander v. Humboldts möge stets ein Wahrzeichen der Freundschaft und gegenseitigen Hochachtung zwischen Deutschland und Mexiko sein. Zum Zeichen seiner persönlichen Wertschätzung für Porfirio Diaz verlieh der Kaiser dem Präsidenten die Kette zum Großkreuz des Roten Adlerordens. Auch zu dem 80. Geburtstag des Präsidenten am 15. d. Mts. hat der Kaiser Porfirio Diaz telegraphisch beglückwünscht. — Der Präsident richtete an den Kaiser ein Telegramm, worin er ihm im Namen des mexikanischen Volkes, der Regierung und zugleich in seinem eigenen Namen für die Ueberweisung der Humboldt-Statue den lebhaftesten Dank abstattet und hervorhebt, daß die Statue mit großer Feierlichkeit auf einem der schönsten Plätze der Hauptstadt Mexiko aufgestellt worden sei.

— Unterstaatssekretär Böhmer. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist der Bürgermeister von Reg. Geh. Reg.-Rat Dr. Paul Böhmer zum Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt ernannt worden.

— Deutschland und der Balkan. Das „Hirschsche Teleg.-Bureau“ erfährt an maßgebender Stelle, daß die Meldung eines Wiener Blattes, wonach bei der Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Wien das deutsch-österreichische Abkommen mit der Türkei wegen einer Militärkonvention den wichtigsten Verhandlungsgegenstand bilden werde, eine blanke Erfindung ist. Die

Meldung trage schon deshalb den Stempel der Erfindung an der Stirn, weil Kaiser Wilhelm niemals die Ausführung einer derartigen Mission selbst übernehmen würde. Auch die Reise des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter über Wien habe keinerlei politischen Charakter. Herr von Kiderlen gehe, wie bekannt, nach Butarest, um König Carol sein Abberufungsschreiben zu überreichen; ob sich auf der Rückreise der Staatssekretär überhaupt in Wien aufhalten wird, sei noch zweifelhaft. Es wäre höchstens möglich, daß er auf der Durchreise daselbst einige Stunden verweilen würde, dann würde aber der Besuch einen rein freundschaftlichen Charakter tragen und keineswegs zu irgendwelchen politischen Kombinationen Veranlassung bieten.

— Kein Besuch des Königs Peter von Serbien. Zu der Meldung des „Neuen Wiener Journal“, daß die Höfe in Wien und Berlin sich weigern, den Besuch des Königs Peter von Serbien zu empfangen, erfährt das Hirschbureau an zuständiger Stelle, daß man in Berlin noch keine Gelegenheit hatte, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, da serbischerseits ein solcher Besuch bisher nicht in Aussicht gestellt worden ist. In Berlin stehe man aber auf dem Standpunkte, ein Besuch müsse zunächst in Wien bei dem Nachbarn des serbischen Königs erfolgen, erst dann könne von einem solchen in Berlin die Rede sein.

— Veteranen-Ehrengabe. Die höchsten Farbwerke haben jedem in Höchst a. M. wohnenden ehemaligen Krieger, einerlei ob er bei ihnen beschäftigt ist oder nicht, eine Ehrengabe von 100 Mark und die gleiche Ehrengabe an die auswärtig wohnenden in den Farbwerken beschäftigten Kriegsteilnehmer gestiftet.

— Der „Reichsbote“ und die Abstinenten. Eine heftige Fehde ist zwischen dem führenden Organ der evangelischen Geistlichkeit, dem „Reichsbote“, und den Abstinenten entbrannt. Der „Reichsbote“ hatte sich herausgenommen, das Uebermaß der Abstinenzbewegung als zu weitgehend und unberechtigt zu tadeln. Er hatte erklärt: „Es geht doch zu weit, wenn man um der Säufer willen die alkoholischen Getränke, namentlich Wein und Bier, für die ganze menschliche Gesellschaft abschaffen und alle Welt zur Abstinenz nötigen will, denn bei mäßigem Genuß schaden sie nicht, sondern sind ein wohltuendes Erquickungs- und Genussmittel. Sie sind das zu allen Zeiten und bei allen Völkern gewesen und werden es auch bleiben.“ Darauf ist der „Reichsbote“ auf das schärfste angegriffen worden, wobei dem konservativen Blatte sogar vorgeworfen wurde, seine ablehnende Stellung zur radikalen Abstinenz beruhe auf der Rücksicht gegen die agrarischen Schnapsbrenner und Bierbrauer. Mit Recht weist der „Reichsbote“ diese Unterstellung mit Entrüstung zurück, und er erklärt neuerdings nochmals, daß er sich von den Abstinenzbestrebungen keine Erfolge verspreche; möglich und nützlich sei nur der Kampf gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke, den jeder Einsichtige gern unterstützt.

Oesterreich-Ungarn.

— Wien, 16. September. Zum bevorstehenden Besuch des deutschen Kaisers schreibt die „Neue Freie Presse“: Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Kaiser Franz Josef verfinstert das Bündnis. Dieses ist erst von dem Tage an populär geworden, als in der Zeit der europäischen Spannung sein Inhalt öffentlich bekannt gegeben wurde. In der Annekstionskrise erhielt es seine Feuerprobe. Die Allianz ist in Deutschland im Gefühl der ganzen Nation verankert, verkörpert aber nur im Oberhaupt des Reiches. Auch hat Kaiser Wilhelm tatsächlich von Beginn seiner Regierungstätigkeit an den größten Wert darauf gelegt, die Allianz nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach zu beobachten. Wien wird den verbündeten Kaiser gewiß mit voller Herzlichkeit empfangen, die zeigt, wie eng Oesterreich-Ungarn und Deutschland zusammenstehen und wie im Innersten dieser durch die Interessen gebotenen Zusammengehörigkeit doch auch das Gefühlsmoment enthalten ist. Es ist doch mehr als Patriotismus, was das Bündnis geschaffen hat. Dieses Wehr gibt ihm die Wärme. Die Intimität zwischen den Herrschern, die in der bevorstehenden Zusammenkunft zum Ausdruck kommt, symbolisiert dieses Verhältnis.

Türkei.

— Konstantinopel, 16. September. Der türkische Flottenverein kaufte die Diamanten des Sultans Abdülhamid für zweihunderttausend Mk.